



Antrag

23.01.2008

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Hindenburgplatz: Rückbenennung in Neuplatz

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Der „Hindenburgplatz“ wird wieder in „Neuplatz“ umbenannt.

Begründung:

I. Grundsätzliches

Die Benennung von Straßen und Plätzen nach historischen Persönlichkeiten ist eine überwiegend im 19. Jahrhundert aufgekommene Sitte, mit der eine (Stadt-) Gesellschaft ihre dauerhafte Wertschätzung für bestimmte Ereignisse oder Persönlichkeiten ausdrückt. Zugleich hat die Benennung die Aufgabe, diese Wertschätzung dauerhaft zu gestalten und im Gedächtnis auch zukünftiger Generationen zu verankern und somit letztlich die Lebensleistung oder besondere Verdienste einer Persönlichkeit als vorbildhaft dauerhaft darzustellen.

Vor diesem Hintergrund spiegelt die Benennung von Straßen und Plätzen nach historischen Persönlichkeiten oder Ereignissen zugleich selbst Geschichte wieder: Straßen- und Platznamen sind als historisch geworden zu betrachten, sie sind selbst wiederum ein Teil der Erinnerungsgeschichte einer Stadt und ihrer Gesellschaft. Insofern steht die Benennung von Straßen und Plätzen nach historischen Persönlichkeiten in einem Spannungsverhältnis einerseits zwischen dem Anspruch, Bewertungen historischer Ereignisse und Leistungen dauerhaft zu tradieren und als vorbildhaft zu erinnern, und andererseits der historischen Distanz zur Benennung, die sich u.a. in einer veränderten Bewertung solcher Leistungen ausdrücken kann. Dieses Spannungsverhältnis ist nicht ohne weiteres aufzulösen, vielmehr gehört auch die Erinnerungsgeschichte einer Stadt grundsätzlich zu den bewahrenswerten historischen Kulturgütern selbst. Daher kann die bewusste, politisch begründete Umbenennung von Straßen und Plätzen auch als Eingriff in diese Erinnerungsgeschichte bewertet und nur in besonderen Ausnahmefällen als legitim betrachtet werden. Eine solche Ausnahme kann nur dann als gerechtfertigt angesehen werden, wenn durch die herausragende Prominenz einer Straße oder eines Platzes eine übergeordnete positive Identifikation der gesamten Stadtgesellschaft mit einer Person oder einem Ereignis als gegeben dargestellt wird, die so nicht mehr getragen bzw. akzeptiert werden kann. Sie kann auch dann

begründet sein, wenn eine grundsätzlich veränderte Bewertung der betreffenden Person vorzunehmen ist und die besondere Prominenz der Straße oder des Platzes diese Umbenennung als einen bewussten und reflektierten Umgang mit historischem Erbe notwendig macht.

II. Die Notwendigkeit der Umbenennung des „Hindenburgplatzes“

Die Benennung des „Hindenburgplatzes“ in Münster ist ein solcher Ausnahmefall. Die Umbenennung des Neuplatzes in den 1920er Jahren war schon damals ein bewusster Akt der seinerzeit in Münster tonangebenden politischen Allianz der hohen konservativen preußischen Beamtschaft aus den Oberbehörden, den lokalen Eliten des konservativ-agrarisch geprägten Flügels des Zentrums und deutschnationaler Kräfte, die mit dieser Benennung ihre positive Haltung zu den deutschnationalen und letztlich republikfeindlichen Positionen des 1925 neu gewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verdeutlichen wollten. Mit dem schon damals größten innerstädtischen Platz, der noch dazu in direkter Nähe zum preußischen Oberpräsidium und damit zu der höchsten Instanz der preußischen Zivilverwaltung lag, durfte diese Benennung auch als eine bewusste politische Stellungnahme gegenüber der von der Weimarer Koalition getragenen preußischen Staatsregierung verstanden werden. Die Nähe zur Zentrale der militärischen Verwaltung machte noch dazu deutlich, dass in der engen Beziehung des neu gewählten Präsidenten zu der „alten Armee“ aus Sicht der Befürworter dieser Umbenennung auch die Möglichkeit zu einer rückwärtsgewandten Umgestaltung der demokratischen Verhältnisse der Weimarer Republik gesehen wurde. Durch den frühen Zeitpunkt der Umbenennung überdauerte diese die Jahre der NS-Diktatur und wurde anders als die im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 durchgeführten Umbenennungen 1945 nicht rückgängig gemacht.

Dass die Gründe, die nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 zur Umbenennung des Neuplatzes führten, heute nicht mehr gelten, dürfte in einer demokratischen Stadtgesellschaft mehr als sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges selbstverständlich sein. Dass die Benennung des Platzes – abgesehen von einer intensiven Diskussion in den 1990er Jahren – dennoch bisher nicht grundlegend in Frage gestellt wurde, hat wohl vor allem damit zu tun, dass die Nutzung des Platzes diesen eher in die Peripherie der Altstadt gedrängt hat. Durch die inzwischen vom Rat beschlossene Aufwertung des Areals durch den Bau einer Kultur- und Kongresshalle sowie die Projektierung eines repräsentativen Gebäudes des WLSGV in der unmittelbaren Umgebung rückt der Platz auch städtebaulich zunehmend stärker in das Blickfeld. Dass er als Platz, der dem Schloss und damit dem Hauptsitz der Westfälischen Wilhelms-Universität vorgelagert ist, zudem auch für die Darstellung Münsters als Stadt der Wissenschaft und Kultur zentrale Bedeutung besitzt, sollte unstrittig sein. Vor dem Hintergrund, dass die neu geplanten Nutzungen zu einer erheblich stärkeren Nutzung des Platzes auch außerhalb von Sonderveranstaltungen wie z.B. dem Send führen sollten, erscheint die Namensgebung des Platzes auch vor diesem Hintergrund als zunehmend problematisch – auch und gerade im Hinblick auf die Selbstdarstellung der Stadt Münster nach außen und im Hinblick auf das Verhältnis, das die Stadtgesellschaft in Münster zu ihrer Geschichte pflegt.

Darüber hinaus erscheint der 75. Jahrestag des Tages, an dem der bisherige Namensgeber des Platzes, Paul von Hindenburg, dem künftigen Diktator die Macht übertrug, als ein richtiger und angemessener Zeitpunkt, mit einer Umbenennung des Platzes die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, wie diese politische Entscheidung Hindenburgs aus heutiger Sicht zu bewerten ist.

III. Paul von Hindenburg – kein geeigneter Namensgeber für Münsters größten Platz

Paul von Hindenburg kann in einer demokratischen Gesellschaft kein geeigneter Namensgeber mehr für den größten innerstädtischen Platz Münsters sein. Sein politisches Wirken hat in der deutschen Geschichte erhebliche Spuren hinterlassen – allerdings nicht zugunsten der Werte einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung. Auch schon zu Zeiten der Benennung des Platzes spiegelte diese vor allem eines wieder: die Ablehnung der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik durch die alten Eliten des Kaiserreiches - ihre konservativen und deutschnationalen Feinde.

Nur exemplarisch seien an dieser Stelle einige wenige, zentrale Stationen der politischen Tätigkeit Hindenburgs beleuchtet, die eine Benennung des größten Platzes in Münster nach ihm heute unmöglich machen:

1. „Oberost“ – zwischen Besatzungspolitik, Hegemoniestreben und ethnischer Manipulation

Während des ersten Weltkrieges konnte Hindenburg, maßgeblich unterstützt durch seine hohe Popularität durch die vom Spätsommer 1914 bis Anfang 1915 unter seinem Kommando errungenen militärischen Siege an der Ostfront, die Rolle eines regelrechten Militärdiktators gewinnen. Als Oberbefehlshaber im Osten gelang es ihm in Folge größerer operativer Erfolge, in Ostmitteleuropa große Gebiete unter deutsche Militärverwaltung zu stellen. Insbesondere die bis dahin russischen Teile Polens („Kongresspolen“) wurden damit zum Kerngebiet dieser direkten Herrschaft deutscher Truppen, die unter dem Kommando Hindenburgs standen. Angesichts wechselnder, zwischen den verbündeten Mittelmächten strittiger Kriegsziele prägte sich allmählich ein besonderer Charakter der deutschen Herrschaft aus: Hindenburg und die unter seinem Kommando stehende Militärverwaltung setzten auf eine Politik der ethnischen Manipulation und verfolgten letztlich das Ziel, eine halbkoloniale Herrschaft über diese Gebiete aufzurichten. Die sich daneben herausbildenden Ziele eines „Königreichs Polen“ unter deutscher Krone bzw. einer austropolnischen Lösung sollten letztlich ebenso dem Ziel der Schaffung eines polnischen „Satellitenstaates“ dienen, der die deutsche Hegemonialpolitik in Ostmitteleuropa unterstützen sollte. Auch wenn die deutsche Besatzungspolitik während des Ersten Weltkrieges deutlich und unmissverständlich von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in diesem Teil Europas während des Zweiten Weltkrieges abzugrenzen ist, so stehen Hindenburg und die von ihm umgesetzte Besatzungspolitik dennoch im Widerspruch zu fundamentalen Prinzipien der Politik einer demokratischen Gesellschaft, die die Kultur und Selbstbestimmung anderer europäischer Völker achtet. Insofern kann ein Vorbildcharakter Hindenburgs, wie er sich aus der Platzbenennung ergibt, für die Zukunft aus dieser Phase seiner Tätigkeit ebenso wenig abgeleitet werden wie aus der von ihm als Chef der Obersten

Heeresleitung umgesetzten Kriegsführung, für die Menschenleben nichts galten und ein um den Preis millionenfachen Sterbens geführter „Abnutzungskrieg“ als Methode der Wahl galt.

2. Der „Dolchstoß“ – Hindenburg als Kronzeuge gegen die Republik

Obwohl Hindenburg in den Wochen nach dem alliierten Durchbruch im August 1918 die operative Niederlage der deutschen Truppen an der Westfront des Ersten Weltkrieges selbst anerkannt hatte und den Kaiser und die zivile Reichsleitung zum Waffenstillstand gedrängt hatte, spielte er nach dem Ende des Krieges als Privatier eine politisch fatale Rolle für die junge Republik. Am 18. November 1919 sagte Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss der Deutschen Nationalversammlung, der die Ursachen der deutschen Niederlage untersuchen sollte, aus, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt geblieben sei und nur die Revolution in der Heimat das kämpfende Heer um den greifbar nahen Sieg gebracht habe. Damit wurde Hindenburg – unter Eid stehend – zum Kronzeugen der Propaganda der rechten Feinde der jungen Republik: Mit der hohen Popularität des erfolgreichen Generals ausgestattet und als ehemaliger Chef der Obersten Heeresleitung stellte Hindenburg sich mit dieser Aussage an die Spitze der Feinde der Republik. Gegen objektive Tatsachen und gegen eigene Einsicht ein Jahr zuvor sagte der ehemalige oberste Militär unter Eid aus, was die rechtsextremistische Propaganda den demokratischen Kräften der Republik fortan nicht müde wurde vorzuwerfen: Dass die Demokraten es gewesen seien, die durch einen unzeitigen Waffenstillstand den sicheren Sieg aus der Hand gegeben hätten. Hindenburg delegitimierte damit den demokratischen Neuanfang nach dem Ersten Weltkrieg und machte sich selbst zur Integrations- und Leitfigur der Republikfeinde von rechts.

3. Im Zweifel gegen die Verfassung: Hindenburgs Rolle in der Endphase der Republik

Nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten 1925 zeigte Hindenburg vor allem in der Endphase der Weimarer Republik, wie die erheblichen Möglichkeiten des Präsidentenamtes zum Schaden der Republik und ihrer verfassungsmäßigen freiheitlichen Ordnung genutzt werden konnten. Anders als sein sozialdemokratischer Vorgänger Friedrich Ebert, der seine Kompetenzen zur Verteidigung der Republik gegen ihre Feinde eingesetzt hatte, höhnte Hindenburg ihre Ordnung aus und suchte diese durch ein autoritäres Präsidialsystem zu ersetzen. Wichtige Etappen auf diesem Wege waren die verfassungswidrig erreichte Auflösung des Reichstags mit Hilfe des Notverordnungsrechtes im Juli 1930 und die Etablierung einer ohne parlamentarische Mehrheiten amtierenden, nur auf die präsidialen Kompetenzen gestützten Regierung. Höhepunkt dieser Politik war der „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, als die von den demokratischen Parteien der Weimarer Koalition getragene Preußischen Regierung unter der Führung des Sozialdemokraten Otto Braun mit Hilfe einer später sogar vom Reichsgericht als rechtswidrig eingeschätzten Notverordnung aus dem Amt gezwungen wurde und damit den demokratischen Kräften ihre exekutiven Möglichkeiten im größten deutschen Bundesstaat genommen wurden – was sich bald darauf in einer stillschweigenden Duldung nationalsozialistischen Straßenterrors bemerkbar machte. Die zweifache Auflösung des Deutschen Reichstages 1932 zeigte letztlich, dass der Präsident mit seiner Politik in eine ausweglose Sackgasse manövriert war und dabei zugleich einen

erheblichen Beitrag geleistet hatte, das parlamentarische System zu zerstören. Gestützt auf eine demokratisch nicht legitimierte „Kamarilla“, setzte Hindenburg auf eine autoritär geprägte Umgestaltung der Weimarer Republik mit deutlich restaurativen Tendenzen. In diesen Monaten und Jahren leistete Hindenburg somit an entscheidender Stelle einen erheblichen Beitrag zur Zerstörung der ersten deutschen Republik und ihrer Verfassung, auf die er zweimal einen Amtseid geschworen hatte.

4. Machtübergabe ohne Not: Die Entscheidung vom Januar 1933

Die vollständige und endgültige Zerstörung der Republik resultierte letztlich aus einer politischen Entscheidung Hindenburgs und seiner „Kamarilla“, die zu diesem Zeitpunkt sicher nicht alternativlos und nicht zwingend war. Indem er am 30. Januar 1933 den Nationalsozialisten die Macht übergab, die er ihnen fünfeinhalb Monate zuvor noch spektakulär verweigert hatte, machte er den Untergang der ersten deutschen Republik unumkehrbar. Obwohl die Nationalsozialisten zu diesem Zeitpunkt bereits den Zenit ihrer Popularität deutlich überschritten und mit erheblichen internen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, übergab der Präsident ihnen wesentliche Schaltstellen der Macht und ermöglichte ihnen außerdem mit Hilfe seiner Kompetenzen einen bald schrankenlosen Terror gegen ihre Gegner. Die Notverordnung nach dem Reichstagsbrand, die vielfach als eine Art „Staatsgrundgesetz“ des NS-Staates gilt, trug Hindenburgs Unterschrift und verfügte die Aufhebung der von der Weimarer Reichsverfassung garantierten Grundrechte. Die von ihm verfügte Auflösung des Reichstags ermöglichte die Neuwahlen, die bereits unter weithin irregulären Bedingungen stattfanden und von Terrorakten der Nationalsozialisten begleitet waren. Bei der Inszenierung des so genannten „Tags von Potsdam“ zur Eröffnung des neu gewählten Reichstags sanktionierte Hindenburg auch öffentlich die beginnende NS-Diktatur und stellte sich ihr bewusst an die Seite.

5. Die Rechtfertigung und Legitimation nationalsozialistischer Morde

Nachdem die nationalsozialistische Führung am 30. Juni und 1. Juli 1934 ihre internen Konflikte durch eine beispiellose Mordaktion, der auch zahlreiche politische Gegner außerhalb der Nationalsozialisten zum Opfer fielen, beseitigt hatte, sandte Hindenburg dem Reichskanzler ein Glückwunschtelegramm, das umgehend veröffentlicht wurde. Mit diesem letzten politischen Akt seiner Laufbahn sanktionierte Hindenburg politischen Mord und trug außerdem zur Legitimation und Stärkung der NS-Diktatur bei.

Die politische Gesamtbilanz Hindenburgs fällt – nachgezeichnet nur anhand dieser fünf exemplarischen Stationen – eindeutig aus: Hindenburg trägt wesentliche Verantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Republik. Mit seinen politischen Entscheidungen und Handlungen hat er das Ende der Weimarer Republik wesentlich mit betrieben und befördert. Aufgrund seiner herausragenden Stellung an der Spitze des Staates wiegt diese Verantwortung besonders schwer. Zur Etablierung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur hat Hindenburg ebenso einen zentralen Beitrag geleistet. Vor diesem Hintergrund ist die Benennung des größten Platzes in Münster nach ihm nicht zu rechtfertigen.

IV. Die Rückbenennung des Platzes

Bereits im Jahre 1947 beschloss der Ausschuss zur Umbenennung von Straßen die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Neuplatz. Warum dieser Beschluss niemals umgesetzt wurde, ist nicht bekannt. Weitere Anläufe mit teilweise anderen Namensvorschlägen scheiterten in späteren Jahren ebenfalls. Angesichts der erdrückenden Argumente sollte heute endlich gehandelt werden: Durch die Rücknahme der politisch motivierten Umbenennung aus den 1920er Jahren wird die Konsequenz gezogen aus der Tatsache, dass mit dem aktuellen Namensgeber keine positive Identifikationsmöglichkeit für die Stadtgesellschaft gegeben ist. Zugleich wird mit der Rückbenennung des Platzes in „Neuplatz“ an die alte historische Bezeichnung angeknüpft und auch im Namen die Verbindung des Areals zum angrenzenden Neutor wieder aufgenommen. Auch wenn andere Benennungen als Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses in der Stadtgesellschaft möglich erscheinen, sollte vorrangig der Weg einer Wiederherstellung der alten Benennung verfolgt werden.

Dr. Michael Jung
Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Hedwig Chudziak
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Marianne Hopmann
Ralf Hubert
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Udo Reiter
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter